

lungen
der Prediger des
württembergischer
id.)
hr im Method. Ge.
(Gartenstr.)
ottesdienst.
im Sonnenjaal:
men Jugendzeit.
r-Rogold.)
ds 8 1/2 Uhr:
iligtigen Ältern.
hwarzenberg.)
Eintritt frei.

eld.
Bauarbeiten.
Gebäude-Neubau des Herrn
Friedrich haben wir die
Glaser-, Schlosser-,
und Tapezier-Arbeiten
u. a. sind in unserem Büro
aufgelegt, wofolbst auch
den 1. Oktober 1921
wollen.

der 1921.
leitung:
H. Kling, Architekten.
eld.
Bauarbeiten.
des Herrn Max Krüger
r die
Glaser-, Schlosser-,
-Arbeiten
u. a. sind in unserem
aufgelegt, wofolbst auch
den 1. Oktober
werden wollen.

der 1921.
leitung:
H. Kling, Architekten.
eld.
Bauarbeiten.
des Herrn Friedrich Becker,
die
Schreiner-, Glaser-,
Flaschner-, Maler-
sowie die elektrische
u. a. m. sind in unserem
aufgelegt, wofolbst auch
den 1. Oktober
wollen.

der 1921.
leitung:
H. Kling, Architekten.
Bauarbeiten.
des Herrn Friedrich Becker,
die
Schreiner-, Glaser-,
Flaschner-, Maler-
sowie die elektrische
u. a. m. sind in unserem
aufgelegt, wofolbst auch
den 1. Oktober
wollen.

der 1921.
leitung:
H. Kling, Architekten.
Bauarbeiten.
des Herrn Friedrich Becker,
die
Schreiner-, Glaser-,
Flaschner-, Maler-
sowie die elektrische
u. a. m. sind in unserem
aufgelegt, wofolbst auch
den 1. Oktober
wollen.

der 1921.
leitung:
H. Kling, Architekten.
Bauarbeiten.
des Herrn Friedrich Becker,
die
Schreiner-, Glaser-,
Flaschner-, Maler-
sowie die elektrische
u. a. m. sind in unserem
aufgelegt, wofolbst auch
den 1. Oktober
wollen.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Veröffentlichung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Redaktion und Druckerei: Herr C. Dreyer, Hauptstraße (Jahres D. Strauß), für die Schriftleitung verantwortlich: Herr D. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 224.

Neuenbürg, Mittwoch, den 28. September 1921.

79. Jahrgang.

Die neuen Steuergesetze.

Wie bekannt, kurzzeitig im Reichswirtschaftsrat einer gründlichen Prüfung unterzogen, bevor sie den Volksvertretern vorgelegt werden. Sie sind von einschneidender Bedeutung im Leben eines jeden Einzelnen. Die wirtschaftliche Lage lässt sich wie die durch sie bedingte Lebenshaltung werden unmittelbar und mittelbar durch das weitere Ansehen der Steuerlasten beeinflusst. Die uns im Versailler Friedensvertrag auferlegten Entschädigungen (Reparations-, Verzugs- und sonstigen) legen eine so gewaltige Steuerlast auf die schwachen Schultern des deutschen Volkes, daß es kaum zusammenzubehalten droht, wenn es nicht gelingt, eine Lösung dieses fürchterlichen, langsam, aber sicher sich ausbreitenden Todesurteils zu erreichen. Die deutsche Zahlungsunfähigkeit hängt eng mit der Frage zusammen, bis zu welcher Höhegrenze das Volk den steuerlichen Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Während im Jahre 1913 nur 67,8 Mark Steuern auf den Kopf der deutschen Bevölkerung kamen, betrug die Steuerlast im pro Kopf bereits 765 Mark. Da jedoch der Teil der Bevölkerung, der über keine Einnahmen verfügt, wie vor allem Kinder, Greise und nicht erwerbstätige Frauen, auch keine Steuern zahlt, erhöht sich die Steuerlast für jeden Erwerbstätigen um ein ganz beträchtliches, etwa auf das Vierfache, also auf 3060 Mark. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Deutschland im Jahre 1920 an Geldleistungen für den Feindbund erst verhältnismäßig geringe Summen aufgebracht hat. Die Hauptleistungen liegen noch vor uns, denn das Londoner Diktat soll nach Möglichkeit erfüllt werden. Daraus wird nunmehr ein weiteres gewaltiges Ansehen der steuerlichen Forderungen notwendig, so daß etwa das Dreifache von Vorjahr in den kommenden Jahren an Steuern aufgebracht werden mußte, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung nicht 765 Mark wie 1920 sondern 2164 Mark. Diese für den Durchschnitt errechnete Summe ergibt jedoch in Wirklichkeit — wie aus dem bereits angeführten — ungefähr das Vierfache des Betrages, also 8657 Mark. Solche Steuerlasten sind jedoch selbst bei emsigem Fleiß und anhaltender Steigerung der Produktion und damit der Einnahmen nur schwer zu tragen, wenn nicht gar völlig unerträglich. Die in Vorbereitung befindlichen Steuern sind aber zunächst erst einmal der Beginn zu weiteren steuerlichen Maßnahmen, die uns zu drohen, denn sowohl die Regierung wie jeder halbwegs ansehnliche Deutsche sind sich darüber klar, daß die kommende Finanzreform, selbst wenn sie voll gelingen sollte, nicht allein das Gleichgewicht in den öffentlichen Finanzen herzustellen vermag. Soll also die heute noch nicht gelöste Krise der Deutschland für die ebenfalls finanziell notleidenden Nachbarländer, insbesondere Frankreich, nach Ansicht der führenden Staatsmänner unserer ehemaligen Feinde darstellt, nicht sehr bald an Entkräftung zu Grunde gehen, so ergibt sich für den Feindbund schon in seinem eigenen Interesse die Notwendigkeit, keine unersättlichen Forderungen baldmöglichst mit genauen Rückstellungen zu unterwerfen.

Deutschland.

Stuttgart, 27. Sept. Der Verband württ. Industrieller hat an die zuständigen Landes- und Reichsbehörden eine Forderung wegen der Umsatzsteuer gerichtet, in der er für die im „veredelte Umsatzsteuer“ eintritt. Dieser Steuerentwurf ist von Dr. v. Siemens aus. Sie erfolgt nur den Wert als Maßstab, der der Ware in dem betreffenden Betrieb umschließt, also etwa die Differenz zwischen dem Verkaufs- und Einkaufspreis. Dieser Differenzwert ist umso größer, je mehr Produktionsstadien die Ware in demselben Betrieb durchläuft. Die Errechnung des Differenzwertes ist einfach, bedeutet aber keine große Belastung des Werks. In der Eingabe an die Behörden wird darauf hingewiesen, daß es sich für viele Industrie bei der Umsatzsteuer um eine Lebensfrage handelt. Die Beamtung des Vorschlags von Siemens bietet die einzige Möglichkeit, die großen Leiden der Industrie aus der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer drohenden Gefahren zu bewahren. Wird der Industrie dieser Schutz verweigert, so werden die davon ausgehenden Folgen weit über das Gebiet der Umsatzsteuer hinausreichen und die ganze Wirtschaft der Welt von hart verarbeiteten Industriezweigen von dieser Gefahr besonders verletzlichen Reichsteile aus Empfindlichkeit in Mitleidenschaft ziehen.

Stuttgart, 27. Sept. Auf der Hauptversammlung der württ. Bürgerpartei, über die wir bereits berichteten, ist folgende Entschließung angenommen worden: Der Landesauswahlgang der württembergischen Bürgerpartei ist mit der Haltung der Kandidatengruppe im laufenden Berichtsjahr völlig einverstanden. Wir billigen es, daß sie bei aller unerschrockenen Opposition es nicht an positiver Mitarbeit in der Gesetzgebung lassen lassen. Wir begründen es, daß sie in Anfragen und Antworten eine Fülle von Anregungen für den nationalen Wiederstand unseres Vaterlandes wie zur Verbesserung der Angelegenheiten gegeben hat. Wir bedauern es, daß die von ihr angebotene Hand zur Bildung einer nationalen Einheitspartei von Regierung und Landtag zurückgewiesen wurde. Mit dem Dank für die leistungsfähige Tätigkeit verbindet der Landesauswahlgang die Bitte, daß die Fraktion auch fernerhin im Landtag und treu im Geiste der bewährten Richtlinien der Partei ihre unentbehrliche Stellung in unserem politischen Leben behaupten wolle.

Reidelsberg, 26. Sept. Auf Veranlassung der Deutschen demokratischen Partei sprach am Freitag abend im hiesigen Turnhallensaal der deutsche Reichswehrminister Dr. Döberl über die politische Lage. Die Partei leitete damit den bevorstehenden Wahlkampf aufs glücklichste ein. Das Vaterland über den Parteien war der Grundgedanke seiner Rede, wofolbst er sich gegen die Volkseinsicht und die Schicksalsgemeinschaft mit Klassen und Länderzwischensatz, alles das, was die demokratische Partei als ewige Mutter in der Welt der Meinungen von links und rechts an die Spitze ihres Programms stellt, war das Leitmotiv der großangelegten Rede, die bei allen Anwesenden tiefen Eindruck hinterließ.

Ausland.

Paris, 27. Sept. Die „Vollere Nationalzeitung“ meldet, daß eine weitere Entwertung der deutschen Mark zu verhindern, Verhandlungen der deutschen Regierung mit Bankorganisationen der Schweiz im Gange sind.

Rom, 27. Sept. In der Provinz Bari ist infolge Erziehung des sozialistischen Deputierten di Sarno durch Faschisten der Generalstreik erklärt worden.

Warschau, 27. Sept. Nach einer Erklärung des Außenministers im hiesigen Auswärtigen Reichstags lehnt die Warschauer Regierung eine Entscheidung in der oberirdischen Frage durch den Völkerbund im vorbereitend ab, wenn sie nicht den polnischen Ansprüchen Rechnung trage. (Und Deutschland? — Schriftl.)

Zur Reichsstaatsfrage. Lloyd George über das deutsche Heer.

Lloyd George schrieb am 1. Januar 1914 im „Daily Chronicle“: Das deutsche Heer ist eine Lebensfrage nicht nur für das Bestehen des Deutschen Reiches, sondern auch für das Leben und die Unabhängigkeit der Nation selbst, da Deutschland von anderen Staaten umringt ist, deren jeder ein dem deutschen beinahe ebenbürtiges Heer besitzt. Deutschland hat nichts, was einem Zweimächteland auch nur nahekommt.

Frankreich dringt auf schnelle Antwort auf die Schuttpolizei.

Berlin, 27. Sept. Die Antwort auf die neue Entente-forderung betr. Auflösung der bisherigen militärischen Organisationen der Sicherheitspolizei in Deutschland, wird seit Sonntag im Reichskabinett beraten. Inzwischen ist ein Schritt des französischen Vorkassiers erfolgt, der um die Weisung der deutschen Antwort ersucht.

Genf, 27. Sept. Der „Temps“ meldet: Die Forderung des Generals Rollet an Deutschland in der Entwaffnung der Sicherheitspolizei ist mit Zustimmung des Vorkassiersrats erfolgt. In Paris beurteilt man die neue Forderung der deutschen Regierung, der Entwaffnungsforderung nachzukommen, als Demagogie für die Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Paris und Berlin.

Aus der Meldung des „Temps“ geht mit ziemlicher Deutlichkeit hervor, daß die neueste Entwaffnungsforderung Rollets nur einen Anlaß geben soll zur Aufrechterhaltung der Sanktionen im Falle ihrer unbefriedigenden Beantwortung.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reidelsberg, 24. Sept. Unsere Doppelgemeinde Reidelsberg-Ringsweiler hat seit Monaten unter Wassermangel zu leiden. Von Seiten der Gemeindeverwaltung wurde schon seit längerer Zeit versucht, dem Uebel abzuhelfen. Doch alle die Grabungen ergaben keine brauchbare Quelle. So entschloß sich das Kollegium durch einen routinierten Wasserbauern die Bemerkung abzuholen zu lassen. Die günstige Gelegenheit,

daß gerade die Bohrstation G. m. H. D. Schenckmuller von Frankfurt a. M. einen Vertreter in der Nähe hatte, wurde ausgenutzt, und so erwarteten wir denn am Samstagmorgen Herrn Denning bei uns. Sein erstes Auftritten, bestimmt, offen, ohne Aufhebens von sich und seinen Erfolgen zu machen, gab uns die Gewißheit, daß wir einen ersten Forscher vor uns hatten. Herr Denning ließ sofort im Hofbau sein Apparat reden. Dieser zeigte uns nach kurzer Zeit zwei Wasserquellen, in einer Entfernung von 250—300 Meter, bezw. von 80—100 Meter. Diese Angaben, sowohl Richtung wie Entfernung, stimmten genau. Es ging nun hinaus in die Nähe unserer Quellen. Wir berechnen nie, ihm gefolgt zu sein. Er hat uns mit Witz und Scherz bei aller Anstrengung weiter erhalten und wenn bei ihm der Faden ausging, so ließ er seinen Bohrer sprechen. Das fesselte uns, denn sein Reden gab uns die Gewißheit, daß unsere Wassernot bald ein Ende habe. Eine ganze Anzahl von Wasserläufen haben wir in unserem Markungsgebiet; darunter soll sich ein riefiger befinden, der durch eine Spalte dahindrauft, die bei 15 Meter Tiefe beginnend, bis 400 Meter Tiefe reicht und Wasser führt mit Koblenäure, Chlornatrium und Schwefelwasserstoff. Wichtigere für uns, weil leichter zu erschließen, sind 2 Wasserläufe dicht bei unseren schon gefassten Quellen. Diese beiden Läufe sollen zusammen mehr als das doppelte Wasser liefern, als wir bis jetzt erhalten. Das würde für uns genügen. So wird sich unsere Gemeindevertretung wohl entschließen, diese beiden Quellen fassen und an unser Wasserleitungsnetz anschließen zu lassen, was verhältnismäßig leicht zu machen ist. Sollte sich jedoch unsere Hoffnung auf viel Wasser bei diesen Quellen als trügerisch erweisen, so müßte durch eine Bohrung der große Wasserlauf angezapft werden. Unsere Gemeindeverwaltung hat schon so viel Mühe und Arbeit aufgewendet zur Lösung dieser Frage, daß wir annehmen dürfen, daß sie nicht bei einem etwaigen Mißerfolg entmutigt würde. Borech glauben wir aber noch gar nicht an einen Mißerfolg; denn unser Vertrauen zu Herrn Denning ist festest. Erstens haben wir ganz vorzüglich Anerkennungs schreiben über die bisherigen Erfolge, dann aber hat er uns durch Angaben, die wir nachprüfen konnten, in ganz verlässlicher Weise gezeigt, wie genau und zuverlässig sein „Bohrer“ arbeitet (Angaben im Hofbau; zeigte genau den Punkt, an dem unsere Wasserleitung die Straße unterquert; gab uns genau die Punkte an, wo unsere bis jetzt gefassten Quellen sind). Eine Bohrung ist hier fast ausgeschlossen; denn die ganze Methode des „Bohrers“ beruht auf wissenschaftlicher Grundlage; es ist ein Arbeiten mit Reagenzien. Darum ist es Herrn Denning möglich, auch den Gehalt des Wassers an mineralischen Bestandteilen usw. festzustellen. Er legt für jeden Stoff ein besonderes Reagenz, mit dem er die Kapsel des Bohrers füllt. Die Bewegungen dieses zeigen sodann an, ob Gegenwirkungen vorhanden sind, also ob der betreffende Stoff da ist, in welcher Tiefe mit welcher Mächtigkeit usw. Das alles abzulesen ist natürlich nur Herrn Denning möglich, der seinen Apparat selbst mit drahtloser Telegraphie versieht. Wie es da jedem möglich ist, Wellen auszusenden, aber nur der ankommende Wellen lesen kann, der darin Übung und den Schlüssel hat, so arbeitet der Bohrer wohl bei jedem Mann, aber abzulesen ist eben nur dem Mächtigen, der im Besitze des Schlüssels ist. Es kommt auch ab und zu vor, daß die drahtlose Telegraphie versagt, also unrichtige Befehle übermittelt. Hoffen wir, daß der Bohrer des Herrn Denning bei uns peinlich genau aufgenommen und wiedergegeben hat. Dann wird das nächste Jahr bei uns in Frage der Wasser-versorgung wohl eitel Berühmung und Einigkeit finden. B.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Sept. (Wirtproteste.) Eine von den Wirten Groß-Stuttgarts zahlreich besuchte Versammlung hat heute nach einem Vortrag von Hermann Gannstatt einstimmig einen Protest gegen die neuen Reichsteuern angenommen, die das Wirtgewerbe aufs schwerste belasten und wenn sie in der vorliegenden Form zum Erfolg erhoben werden, größtenteils ruinieren werden. Insbesondere wandte sich der Protest gegen die Umsatzsteuer, die jetzt allgemein auf 3 Proz., in Hotels, Weinwirtschaften und besseren Cafés auf 5 Proz., in Luxuswirtschaften und Gasthäusern ersten Ranges sogar auf 10 Proz. erhöht werden soll. Hervorgehoben wurde die auffallende Ungünstigkeit der alkoholfreien Wirtschaften, die schließlich doch auch ein Gewerbe darstellen und sich dem Wirtgewerbe nur durch die ausschließliche Verarbeitung alkoholfreier Getränke unterscheiden, sich diese und ihre Speisen aber nicht minder gut bezahlen lassen, als das Wirtgewerbe. Ebenso einstimmig angenommen wurde ein Protest, begründet von Verbandssekretär Gannstatt, gegen die Festsetzung der Polizeistunde durch den Stuttgarter Gemeinderat auf 11 Uhr abends, obgleich das Ministerium des Innern die Festlegung auf 12 Uhr freigegeben hatte und in Norddeutschland die Polizeistunde bereits auf 1 Uhr festgelegt ist. In der Entschließung wurde gefordert, der Gemeinderat möge seinen Beschluß vom 15. ds. umstoßen, die Polizeistunde allgemein auf 12 Uhr festsetzen und beim Ministerium beantragen, daß an Samstagen und Sonntagen die Schlußstunde auf 1 Uhr verlängert wird. Mit Humor und Satire wurde die im Stuttgarter Gemeinderat vorgeschlagene „Docker-Steuer“ (5 Mark pro Stunde für solche Gäste, die über die Polizeistunde hinaus in Wirtschaften verweilen wollen, einzuladen durch die Gastwirte) verurteilt. Im allgemeinen war aber die Versammlung damit einverstanden, daß eine bestimmte Polizeistunde der völligen Freiheit in der Verlängerung des Gastwirtsbetriebs vorzuziehen sei.

Stuttgart, 26. Sept. (Tagung der Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler.) Auf einer am Sonntag stattgefundenen, aus dem ganzen Lande befristeten Versammlung der Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler sprachen Reichstagsabgeordneter Reubien über Reichssteuererhebung und Lebensmittelhandel, sowie die Rohstoffvereinsbewegung, Abg. Diller über die Reformbedürftigkeit der württ. Gemeindesteuer und über Organisationsfragen, ferner Viktor Kurz über die Aufhebung der Preisprüfungsstellen und A. Dignus-Stuttgart

